Nr. 190 XXVIII. Jahrgang — Sonntag, 1. August 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Ziffern- oder Kunstsatz 50 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Die Annahme des Kohlenabkommens in der französischen Kammer

☞ Paris, 31. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In der gestrigen Verhandlung der Pariser Kammer über die Vorschüsse an Deutschland befürwortete Millerand in längeren Ausführungen die Annahme der Vorlage. Aus seinen Worten ist der Schluß hervorzuziehen: „Wenn Sie die Vorlage zurückweisen, übernehmen Sie nicht nur die Verantwortung für eine Kohlenkrise in Frankreich, Belgien und Italien, sondern übernehmen eine höhere Verantwortung wie nie zuvor: Die enge Solidarität unter den Verbündeten war noch nie so unerläßlich notwendig wie gerade heute. Die französische Regierung ist nicht nur wegen der militärischen Pläne der Bolschewisten besorgt, sondern auch wegen ihrer diplomatischen Pläne, die viel schlimmer sind. Die Haltung der französischen Regierung ist fest geblieben sowohl gegen Deutschland, als auch gegen die Bolschewisten. Aber die Regierung braucht die Zustimmung des Parlaments, und dieses ist es, worum ich Sie bitte."

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten fanden wiederholt lebhafteste Zustimmung und am Schlusse seiner Rede zollte man ihm auf sämtlichen Bänken stürmischen Beifall. Nur die äußerste Linke verhielt sich zurückhaltend. Darauf nahm die Kammer mit 398 gegen 88 Stimmen den Gesetzentwurf der Regierung, der die Durchführung des Kohlenabkommens von Spa vorsieht, an. Damit sind gleichzeitig auch die von der französischen Regierung an Deutschland zu leistenden Vorschüsse für die Bezahlung von Nahrungsmitteln bewilligt worden.

•

Wie vorauszusehen war, hat sich der Widerstand der clemenceistischen Gruppe innerhalb der französischen Kammer gegen das in Spa getroffene Abkommen als nutzlos erwiesen. Anstatt nach dem Antrage des Berichterstatters der Finanzkommission Bokanowsky die Vorlage zurückzuweisen, hat die Kammer mit 393 gegen 88 Stimmen den Gesetzentwurf der Regierung angenommen, der die Durchführung des Kohlenabkommens von Spa vorsieht. Damit sind natürlich auch die von der französischen Regierung zu leistenden Vorschüsse für die Bezahlung von Nahrungsmitteln bewilligt worden. Bemerkenswert bleibt immerhin, daß nach den mitgeteilten Ziffern über hundert Abgeordnete sich der Abgabe ihrer Stimmen enthalten haben müssen. Im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten war die Vorlage mit 18 gegen 7 Stimmen durchgegangen, so daß sich das Stimmenverhältnis im Plenum sogar noch zugunsten der Regierung gebessert hat. Stichhaltige Gründe wirtschaftlicher Art konnten gegen das Abkommen auch beim besten Willen nicht geltend gemacht werden, denn auch der Blindeste mußte einsehen, daß in dieser Beziehung Frankreich durch die Verwerfung der Abmachungen von Spa nichts zu gewinnen, sondern höchstens zu verlieren hatte, denn durch eine Zurückweisung der Vorlage wäre für Frankreich, ebenso wie für Belgien und Italien, eine Kohlenkrise schärfster Art mit ihren vernichtenden Rückwirkungen auf die ganze Industrie und die gesamte Arbeitsmöglichkeit heraufbeschworen worden.

Die anfängliche Opposition durch den Finanzausschuß der Kammer, die in Paris selbst begreiflicherweise Aufsehen erregte, konnte also nur politische Gründe haben. Und das war auch natürlich der Fall. In Wahrheit wollte man Millerand keine sonderlichen Schwierigkeiten bereiten, vielmehr bedeutete die Ablehnung lediglich eine Demonstration gegen England, von dem Frankreich, wie es unter nutzlosem Zähneknirschen selbst einsehen muß, von Tag zu Tag abhängiger wird. Die Gegner des Kohlenabkommens wollten mit ihrem demonstrativen Widerstand Millerand für seine weiteren Besprechungen mit England das Rückgrat steifen. Darum sollte die Annahme des Gesetzentwurfes nur durch eine geringe Mehrheit vollzogen werden, um so zu verstehen zu geben, daß die Kammer jedes neue Zugeständnis an England zu verhindern wissen werde. Millerand hatte natürlich die gerade gegen England reichlich naive Politik sehr wohl durchschaut, aber er wußte auch, daß der gegenwärtige Augenblick, in dem sich so viel ungelöste und höchste Gefahren in sich schließende Probleme häufen, zu einem derartigen Vorgehen so ungeeignet wie nur möglich war. Es konnte England ganz gewiß nicht einschüchtern, mußte dagegen unbedingt dann führen, daß die Beziehungen zu England eine bedenkliche Verschlechterung erfuhren. Wenn aber jemals, so ist heute die Einigkeit unter den Alliierten eine Lebensfrage von höchster Bedeutung für sie selbst, deren Lage durch die überraschenden Vorgänge im Osten immer mißlicher wird.

Millerand betonte denn auch in seiner großen Verteidigungsrede in der Kammer mit einem gewissen Ungestüm Nachdruck die unbedingte Notwendigkeit der engen Solidarität unter den Verbündeten und fügte geheimnisvoll hinzu, die französische Regierung sei nicht nur wegen der militärischen Pläne der Bolschewisten, sondern auch wegen ihrer diplomatischen Pläne, die noch viel schlimmer sind, besorgt. Mit ähnlichen Argumenten erhob ein großer Teil der Pariser Presse warnend seine Stimme gegen die ebenso unsinnige wie gefährliche Politik der Opponenten. Die „Victoire" rief ihnen zu, ob sie bei ihrer Bedrohung der französisch-englischen Allianz vergessen hätten, daß die Bolschewisten in acht Tagen in Warschau sein können. – Ein anderes Pariser Blatt sagte, die Chauvinisten versuchten noch einmal, Frankreich mit der Welt zu verunreinigen. Die Politik, die darin bestehen würde, sich zu weigern, mit Deutschland zu verhandeln, und mit ihm nur zu sprechen, indem man den Degen in die Wagschale wirft, wäre absurd. Dieselben Leute, die jetzt diese Politik verlangten, seien antirussisch und antienglisch. Sie befolgten die Taktik des Elefanten im Porzellanladen. Das Schlimmste aber sei, daß die Urheber des Manövers die Urheber des Friedensvertrages seien, diejenigen, die Frankreich von England abhängig gemacht hätten, ohne von Deutschland irgendeine positive Garantie zu verlangen.

Das Ergebnis der Abstimmung zeigt, daß man all diese ernsten Warnungen mit Leichtfertigkeit und kindischem Trotz in den Wind geschlagen hat. Allerdings wurde die Regierungsvorlage von der Kammer angenommen, da die Absicht einer wirklichen Ablehnung von vornherein gar nicht bestand. Aber in London wird man die in der geringen Mehrheit zum Ausdruck gebrachte Mißbilligung sehr wohl verstehen und die daraus für das französisch-englische Verhältnis sich ergebenden unangenehmen Rückwirkungen werden sicher nicht auf sich warten lassen.

Entwaffnung der Danziger Sicherheitspolizei

+ Danzig, 31. Juli. (Eig. Drahtbericht)

Da bei den Demonstrationen am 29. Juli ein Arbeiter durch einen Revolverschuß aus den Reihen der Demonstranten getötet worden ist, versuchen die Radikalen, alles aufzubieten, um die Auflösung der Sicherheitspolizei zu erreichen. Wie der Danziger Polizeipräsident jedoch ausdrücklich feststellt, wurde der Arbeiter nicht durch Mannschaften der Sicherheitspolizei, sondern durch einen Schuß, der von seiten der Demonstranten abgegeben war, getötet. Das Treiben der Unabhängigen gegen die Sicherheitspolizei scheint nicht ohne Erfolg gewesen zu sein, denn der englische Oberkommandierende General Hayking ist nun vom Oberkommissar Tower mit der Reorganisation der gesamten Polizei im Freistaat Danzig beauftragt worden.

General Hayking erließ gestern mittag eine von Tower mitunterzeichnete Proklamation an die Danziger Bevölkerung, in der es heißt, daß jede Versammlung und jeder Umzug, an dem voraussichtlich mehr als hundert Personen teilnehmen werden, vierundzwanzig Stunden vorher beim englischen Oberkommandierenden anzuzeigen ist. – „Zwei Stunden vor dem Beginn der Versammlung wird die Stadt Danzig", so heißt es weiter, „durch alliierte Truppen unter Mitwirkung der städtischen Polizei besetzt. Die Straßenbahnen haben dann ihren Betrieb einzustellen. Weiter müssen am Tage der Versammlung oder des Umzuges alle Cafés und Wirtschaften um ½10 Uhr abends geschlossen werden. Vorausgesetzt, daß diese Bestimmungen beobachtet werden, nehmen die alliierten Truppen an der Veranstaltung nicht teil und werden sich auch nicht einmischen. Sollten diese Bestimmungen in irgendeiner Weise verletzt werden, so wird der Belagerungszustand über die Stadt verhängt. Ich werde alsdann die militärische Kontrolle zu Wasser und zu Lande übernehmen und in einer solchen Weise durchführen, wie ich es für nötig halte, um die Ruhe in der Stadt aufrechtzuerhalten. Da ich angeordnet habt, daß die alliierten Truppen die Pflichten der Polizei für den Fall von Unruhen übernehmen, ist es nicht nötig, daß die Polizei Gewehre trägt. Die Sicherheitspolizei soll in Zukunft in der Weise bewaffnet sein, wie die sogenannte blaue Polizei."

Die letzte Bestimmung bedeutet also, daß die Sicherheitspolizei entwaffnet wird.

•

Gütersperre über Danzig

* Berlin, 31. Juli. Zu dem Beschluß der polnischen Eisenbahnarbeiter, über Danzig eine Gütersperre zu verhängen, berichtet die „N. P. P.", daß er gegen den Willen der polnischen Behörden gefaßt und gestern in die Tat umgesetzt wurde. Seit gestern stockt die gesamte Güterzufuhr auf dem Eisenbahnwege nach Danzig, dagegen wird der Güterverkehr aus Polen nach Deutschland von den polnischen Arbeitern mit allen Kräften gefördert. Die polnischen Eisenbahnbehörden erklären, sie ständen machtlos vor dieser Sachlage.

•

Revolution in Kowno?

* Köln, 31. Juli. Wie der „Köln. Ztg." aus Warschau gemeldet wird, soll in Kowno die Revolution ausgebrochen und die Räterepublik ausgerufen worden sein. Wenn diese Nachricht auch über Polen kommt, daß natürlich gegenwärtig ein lebhaftes Interesse daran hat, die Lage der Sowjetregierung so schwarz wie nur irgend möglich zu machen, so scheint sie doch der Wahrheit zu entsprechen, denn einmal liegt ein solches Vorgehen durchaus im Charakter des Bolschewismus, wie er sich bislang noch stets geäußert hat, sodann aber wird auch amtlich bestätigt, daß Wilna von den litauischen Zivilbehörden wegen der Unmöglichkeit einer Verständigung mit den Bolschewisten geräumt werden mußte. Alle Verfügungen der litauischen Behörden werden durch bolschewistische ersetzt. Auch soll ein Revolutionsgericht bereits in Wirksamkeit getreten sein.

•

Auf die Schritte der litauischen Regierung bei der russischen Regierung über die Räumung Wilnas und des übrigen, zeitweise von russischen Truppen besetzten Gebietes Litauens wurde von der russischen Regierung versichert, daß Rußland die normalen Beziehungen zwischen beiden Ländern streng aufrechtzuerhalten wünsche. Zur Vermeidung aller Konflikte, die sich aus der Durchführung des litauisch-russischen Friedensvertrages ergeben könnten, schlägt die russische Regierung die Bildung einer paritätischen Kommission vor.

Eine Abordnung der Bewohner der Stadt Suwalki ist beim Kommandeur der Armeegruppe Marompol des italienischen Heeres angekommen und hat mitgeteilt, daß die Polen die Stadt ausgeraubt hätten. Sie bitten dringend um Besetzung Suwalkis durch litauische Truppen.

•

Radek polemisiert

☞ Rotterdam, 31. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Radek sagt in der „Iswestia": Die Männer, die das polnische Volk gegen das friedliebende Rußland in den Krieg gehetzt haben, unterstünden sich jetzt, uns mit Friedensbedingungen zu kommen. Sie glauben, daß wir Leuten Vertrauen schenken, die das polnische Volk an die Entente verkauften und bankerott gemacht haben. Die Banditenregierung in Warschau muß wissen, daß die polnischen Gefangenen, die sich in den Händen der Sowjetregierung befinden, mit ihrem Leibe einstehen für alle Uebel, die man unsern Freunden etwa antun könnte.

Tschechen und Ungarn gegen Rußland?

T. Wien, 31. Juli. (Eig. Drahtbericht)

Der „Abend" meldet aus angeblich zuverlässiger tschechischer Quelle: Die in Warschau eingetroffene französisch-britische Abordnung habe eines ihrer Mitglieder sofort nach Prag gesandt und mit der Aufgabe betraut, mit den dortigen maßgebenden Kreisen über die Vorbereitungen zu einem Angriff gegen die Sowjet-Armee zu verhandeln. In erster Reihe ist dort daran gedacht, Ungarn zur Bekämpfung des Bolschewismus zuzulassen. Eine starke Horthy-Armee soll gegen die Rätetruppen ziehen, und tatsächlich wird in Ungarn fieberhaft rekrutiert. In Prag haben Verhandlungen bereits begonnen.

Von französischer Seite sucht man die tschechische Regierung dafür zu gewinnen, den östlichen Teil der Tschecho-Slowakei und das ruthenische Karpathenland als Aufmarschgebiet für die Horthy-Armee zur Verfügung zu stellen. Der Vorschlag wurde jedoch von tschechischer Seite zurückgewiesen. Schließlich wurde eine Vereinbarung getroffen, nach der die tschechische Regierung drei Eisenbahnlinien in den genannten Gebieten der Horthy-Armee zur Verfügung zu stellen hätte. Die Verhandlungen werden noch fortgesetzt, und es ist in der Zwischenzeit eine Besichtigung der in Frage kommenden Gebiete durch eine besondere Kommission im Gange.

Das Wiener führende sozialdemokratische Organ, die „Arbeiterzeitung", meldet, daß in Ungarn insgeheim eine Art Mobilisierung durchgeführt werde. Eine allgemeine Mobilisierung sei zwar nicht anbefohlen, es werde aber, wie ein dem Blatt aus Budapest zugegangener Bericht sagt, gemeindeweise einberufen bis zum 35. Lebensjahr und vorwiegend Bauern. Der Budapester Bericht der „Arbeiterzeitung" besagt, daß auch die Bauern nicht gegen die „Roten" ziehen wollen, sondern nur gegen die „Tschechen". Die ungarischen Machthaber handeln bei einer Mobilisierung in der Ueberzeugung, daß es zu keinem Waffenstillstand zwischen Polen und Rußland kommt und dem gegenrevolutionären Ungarn die große Gelegenheit geboten werde, zu zeigen, was es vermöchte.

•

Der Angriff in Fürstenfeld

Ein Uebergriff der Ungarn

☞ Wien, 31. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Auf das Waffen- und Munitionslager in Fürstenfeld an der ungarisch-steiermärkischen Grenze ist von zirka 800 Ungarn ein Ueberfall verübt und eine große Anzahl von Gewehren, Maschinengewehren und Mannschaftsausrüstungen geraubt worden. Das österreichische Staatsamt für Aeußeres hat sofort, nachdem es von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt worden war, die österreichische Gesandtschaft in Budapest beauftragt, bei der ungarischen Regierung scharfen Protest zu erheben und das Verlangen zu stellen, daß unverzüglich die Schuldigen bestraft und die geraubten Gegenstände zurückgestellt, der aus dem Ueberfall entstandene Schaden ersetzt und Oesterreich Genugtuung geleistet wird. Gleichzeitig wurden die diplomatischen Vertretungen Frankreichs, Englands, Italiens und der Vereinigten Staaten in Wien von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt.

× Graz, 30. Juli. (Korr.-Bureau.) Ungefähr 2000 Gewehre, 21 nicht gebrauchsfähige Maschinengewehre sowie ungefähr 2000 Ausrüstungen wurden von den Plünderern aus Fürstenfeld weggeführt. Die Ruhe in der Stadt wurde nicht gestört. Die Bewachung des Zeughauses war von den militärischen Formationen noch nicht übernommen worden.

× Wien, 30. Juli. Das Staatsamt für Heereswesen erhielt über die Plünderung des Waffenlagers in Fürstenfeld einen Drahtbericht, wonach während der Plünderung die Telephonzentrale und die Gendarmeriestation besetzt, alle Privatwohnungen der Gendarmen von Ungarn umstellt und die Fernsprechleitungen durchschnitten waren.

•

Brest-Litowsk vor dem Fall

W. Wien, 31. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Warschau steht Brest-Litowsk vor dem Fall. Die Russen sind auf 40 Kilometer an Brest-Litowsk herangekommen und haben nach einem Moskauer Funkspruch Kobrin besetzt.

•

Die Russen verlangen die Einverleibung der Ukraine

* Basel, 31. Juli. Dem Ukrainischen Pressebureau zufolge ist die Mission des ukrainischen Bolschewisten, der mit den Russen verhandelte, vollkommen gescheitert. Die Russen bestehen auf der völligen Einverleibung der Ukraine, der sie weder eine Selbständigkeit, noch eine besondere Finanz- und Wirtschaftspolitik über eigene Eisenbahnen zuerkennen wollen.

•

Russische Truppen an der finnischen Grenze

kg. Rotterdam, 31. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die „Morning Post" meldet aus Helsingfors: Die finnische Regierung wandte sich an den alliierten Rat mit dem Hinweis auf starke russische Truppenansammlungen an der finnischen Landesgrenze.

•

Keine tschechische Mobilisierung?

Das tschechische Ministerium für nationale Verteidigung teilt mit: Die Meldung ausländischer Blätter über eine Mobilisierung der tschecho-slowakischen Armee entbehrt jeder Grundlage.

Polen und der Rhein

Von unserm ☞-Mitarbeiter

Rotterdam, 30. Juli

Im französischen Senat führte der greise Ribot im Namen der „Freunde eines Großpolens" das Wort; Ribot vertrat in seiner Amtszeit, als Ministerpräsident während des Krieges, die Ueberzeugung, daß „Polen befreit werden müsse". Damals stand aber die heutige Republik noch unter der Herrschaft des Zaren, und als es später zur deutschen Besetzung kam, da alterte Ribot für eine „Austreibung der deutschen Unterdrücker". Ehrlich sprach er niemals, denn es stand für den alten Politiker fest, daß Polen ein „Bollwerk" gegen Deutschland im Osten werden müsse. Diese Auffassung vertritt er heute mit seinen Freunden im Senat. Die „besten" Staatsmänner stimmen ihm zu. Poincaré, Doumer, der Petroleumpolitiker Frankreichs, klatschten freudig in die Hände, als Ribot für ein „historisches Polen" eintrat, in einem Augenblicke, wo die Rote Armee Rußlands bereits über die Grenzen des „ethnographischen Polens" schritt, wie das Londoner Kriegsamt der Welt verkündete. Millerand wußte eigentlich nicht viel zu antworten. Er konnte bloß auf die militärische Hilfe Frankreichs hinweisen.

Inzwischen sind die Waffenstillstandsverhandlungen zustandegekommen, und Millerand bespricht mit Lloyd George die Stellungnahme der beiden Westmächte zu den Forderungen der siegreichen russischen Regierung. Wird Frankreich zugeben, daß die im Versailler Vertrag festgelegten polnischen Grenzen verändert werden? Wird es die von Moskau verlangte Bestrafung der polnischen Anführer dulden, die auf dem Rückzuge Verwüstungen auf russischem Boden anstifteten? Wird schließlich Frankreich eine wirtschaftliche Verständigung Rußlands mit Deutschland „auf Kosten Polens" hinnehmen? Die Pariser Politiker sträuben sich aufs entschiedenste gegen diesen „Verrat an Polen". Ribot, Poincaré, Doumer im Senate sind die alten Stützen dieser „großpolnischen Richtung"; sie besitzen als starken Rückhalt die jüngere Generation in der Deputiertenkammer: die Gruppe Tardieu. Dazu kommt, daß fast alle andern Politiker des nationalen Blocks stramm für die „Integrität" Polens eintreten. Sie verteidigen die Idee, daß Polen „für alle Zeiten" ein mächtiger Staat sein müsse, geeignet, die Vereinigung Rußlands mit Deutschland zu verhindern. Fällt Polen, als das wichtigste Kettenglied aus der Reihe der von Frankreich „geschützten" östlichen Randstaaten, dann beginnt der Kriegslärm wieder in Paris. Man wird nicht zulassen, daß Deutschland nach östlicher Richtung eine „Dehnungspolitik" beginnt.

Man wird die vermeintliche „Gefahr" im Keime zu ersticken suchen. Die französischen Staatsmänner bilden sich etwas auf diese „Weitsicht" ein und lassen sich dafür täglich in den gekauften Blättern bewundern. Wenn Ribot, allen Ereignissen zum Trotz, ein Großpolen verlangt, so tut er dies mit der Absicht, die Bedeutung eines solchen starken östlichen Randstaates für die Sicherheit Frankreichs nachzuweisen. Das Argument lautet: Wenn wir nicht ein Großpolen haben, das den Deutschen im Zaune hält, dann brauchen wir das linke Rheinufer für alle Fälle. Wir müssen uns am Rheine verteidigen, falls Polen nicht mächtig genug ist, um uns Hilfe zu leihen ... Ribot sprach diese Ansicht so deutlich aus, daß ihm Millerand erwiderte: Wir werden das linke Rheinufer nicht eher räumen, bis die Deutschen allen Verpflichtungen des Versailler Vertrages nachgekommen sind. Fügt man dieser Erklärung Millerands noch die sonderbaren Mitteilungen über die Entsendung des französischen Gesandten nach Bayern hinzu und liest man die offiziösen Kommentare über eine „Befreiung der Bundesstaaten von der preußischen Vorherrschaft", so erkennt man darin die Grundzüge eines „Ersatzprogramms", das in Kraft treten würde, falls Polen nicht der „mächtige Verbündete" Frankreichs funktionieren würde.

Clemenceau und Tardieu versicherten, daß sie Deutschland bloß „verkleinern" und mit einer Randstaatenkette umgeben, doch nicht auflösen wollten. Millerand rückt von dieser Idee wieder ab und nähert sich der alten Auflösungsidee. Veranlassung hierzu bietet ihm das „Unglück Polens". Diese politischen Vorgänge sind erst in ihrer Entwicklung. In nächster Zeit wird die Bewegung für eine Erhöhung der Sicherheit Frankreichs noch bedeutend an Umfang und an Intensität gewinnen. Es hängt jetzt von der Lage im Osten ab, wie sich die führenden französischen Staatsmänner zur Frage „des linken Rheinufers" stellen werden. Denn diese Frage besteht, wenn man sie auch zu bemänteln sucht.

Der in den nächsten Tagen zu erwartende Abschluß der belgisch-französischen Militärkonvention wird für die Haltung Frankreichs von ausschlaggebender Bedeutung sein, und wenn man die militaristischen Organe liest, so erkennt man darin das ungestüme Verlangen, die sogenannte „ungeklärte Rheinangelegenheit" im Sinne einer Abtrennung von Preußen zu klären. Ein Mitarbeiter der „France militaire" berechnet die künftige deutsche „Volkswehr" (der Mann denkt natürlich an einen neuen deutsch-französischen Krieg), ohne die Rheinlande zu beachten. Er schreibt: „Diese Gebiete werden nicht einen deutschen Soldaten mehr liefern." Für diese Rheinlandfreunde in Paris ist Polens Niederlage ein neuer Stein im Brette ...

Der Bündnisfall für die Alliierten

kg. Rotterdam, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der „Courant" meldet aus London: Das englische Kabinett hält erst mit dem Fall der Bug-Linie und der Aufgabe von Brest-Litowsk den Bündnisfall zugunsten Polens für gegeben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200801/1